

## Kommuniqué der G7-Medienministerinnen und -minister

19. Juni 2022

1. Wir, die Medienministerinnen und -minister der G7, sind am 19. Juni 2022 in Bonn zusammengekommen, um unsere Zusammenarbeit im Hinblick auf die Medienpolitik in unseren Ländern und ihre Rolle bei der Stärkung der Demokratie zu intensivieren – eine Aufgabe, die eine globale Antwort erfordert.
2. Wir als G7 treten für offene, freie und demokratische Gesellschaften ein. Wir werden sie fördern und schützen. Nach unserer festen Überzeugung sind Demokratien am besten dazu geeignet, die Interessen der Menschen zu wahren, Antworten auf globale Herausforderungen wie den Klimawandel und die Gefährdung einer nachhaltigen Entwicklung zu finden und ein Höchstmaß an Sicherheit und Freiheit zu schaffen.
3. Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und damit gegen eine freie und demokratische Gesellschaft. Dieser Krieg basiert seit seinem Beginn auf Lügen, unter deren Deckmantel der Kreml die Ukraine angegriffen hat, die Wahrheit verschleiert und Kriegsverbrechen verdeckt und abstreitet. Er hat uns erneut die erschreckenden Auswirkungen der systematischen und koordinierten Manipulation der Informationslandschaft vor Augen geführt. Mit der Verbreitung von Desinformationen im Ausland hat Russland versucht, die unabhängigen Medien im eigenen Land zum Schweigen zu bringen und zu zensieren. Journalistinnen und Journalisten und die gesamte freie Presse zählten zu den ersten Opfern dieses Krieges.
4. Es ist nicht das erste Mal in der Geschichte, dass Desinformationen, die Manipulation von Informationen und die Einschränkung der Medienfreiheit gezielt zur Ermöglichung und Förderung von Unrecht und Unterdrückung eingesetzt werden. Wir erkennen jedoch auch den Mut und die Professionalität der ukrainischen und internationalen Kriegsberichterstatte(r)innen und -berichterstatte(r) an.
5. Wir als G7 bekräftigen unser Bekenntnis zu einer freien und offenen Medienlandschaft, einem starken und unabhängigen Journalismus, einem offenen, freien, globalen, interoperablen, zuverlässigen und sicheren Internet und zu krisensicheren Telekommunikationsdienstleistungen. Wie schon von den Staats- und Regierungschefs der G7 im vergangenen Jahr beschlossen, bedarf es unserer Zusammenarbeit, um gegen staatliche Einstellungen von Internetdiensten und

Einschränkungen des Internets vorzugehen, die u. a. den Zugang der Menschen zu einer unabhängigen Berichterstattung unterbinden. Wir müssen den Zugang zu unabhängigen Medien und die Verbreitung unabhängiger Informationen sicherstellen und stärken und dabei vor allem Kriegs- und Krisenregionen in den Mittelpunkt rücken.

6. Eine Gesellschaft, in der die Bürgerinnen und Bürger das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung ungehindert ausüben können, indem sie z. B. verschiedenste Informationen und Ideen suchen, erhalten und weitergeben, ist von grundlegender Bedeutung für Demokratie und Freiheit. Hierfür sind freie und pluralistische Medien unabdingbar. Durch die Bereitstellung korrekter Informationen und die Verbreitung unterschiedlicher Perspektiven ermöglichen sie es den Menschen, am gesellschaftlichen Diskurs teilzuhaben, sachkundige Entscheidungen zu treffen und von ihren Regierungen Rechenschaft einzufordern.
7. Die Manipulation von Informationen einschließlich Desinformationen und Hassrede können den offenen, demokratischen Dialog und Diskurs untergraben und behindern sowie Spaltung und Polarisierung fördern. Infolge gezielter Übergriffe und Beschimpfungen zensieren sich einige gesellschaftliche Gruppen, die von mehrfachen und sich überschneidenden Formen der Diskriminierung betroffen sind – beispielsweise Frauen und Mädchen, Angehörige der LGBTQI+-Community sowie Angehörige marginalisierter ethnischer Gruppen – selbst; sie vermeiden bestimmte Themen oder nehmen sogar überhaupt nicht mehr an öffentlichen Debatten im Internet teil. Belästigungen und Beleidigungen im Internet schränken nicht nur die Fähigkeit der Betroffenen ein, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben. Die Unterdrückung verschiedener Stimmen führt außerdem zu Opportunitätskosten, da es zu keinem freien Meinungs austausch und damit zu einem Verlust an Innovationskraft kommt. Dies kann dazu führen, dass einseitige, falsche oder manipulative Inhalte den öffentlichen Diskurs im Internet beherrschen.
8. Diesen Bedrohungen werden wir begegnen, indem wir uns gemeinsam für den Schutz und die Förderung der Meinungsfreiheit und der freien Meinungsäußerung im Sinne von Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und des Internationalen Paktes der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte einsetzen. Die G7 werden Maßnahmen ergreifen, um freie, unabhängige und pluralistische Medienlandschaften zu bewahren und zu fördern und um die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für die Arbeit derjenigen zu verbessern, die diese Medienlandschaften zum Wohle unserer Demokratien prägen.

## Der Schutz von Journalistinnen, Journalisten und Medienschaffenden und deren Bedeutung für die Demokratie

9. Bei Angriffen auf Demokratien sind allzu oft Medien, Journalistinnen und Journalisten die Ersten, deren Menschenrechte beschnitten werden und die sich Bedrohung und Unterdrückung ausgesetzt sehen. Journalistinnen sind dabei überproportional von Drohungen und Angriffen betroffen, die häufiger geschlechtsspezifisch und sexualisiert sind als die gegen ihre männlichen Kollegen gerichteten Drohungen und die zunehmend online stattfinden. Weltweit werden Journalistinnen, Journalisten und Medienschaffende aufgrund ihrer Arbeit verfolgt, bedroht und sogar getötet. In vielen Fällen werden diese Verbrechen nicht geahndet. Auch in demokratischen Staaten wurden Angriffe von Personen, die eine faktenbasierte und wahrheitsgetreue Berichterstattung zu unterdrücken versuchen, auf Journalistinnen und Journalisten verzeichnet. Der Rangliste der Pressefreiheit 2022 von Reporter ohne Grenzen zufolge ist die Pressefreiheit weltweit in 70 Ländern gefährdet; in 28 dieser Länder wird die Lage als „sehr ernst“ eingestuft.
10. Nicht nur einzelne Journalistinnen und Journalisten, sondern ganze Zeitungsverlage und Rundfunksender werden mit Zensur belegt oder gänzlich an ihrer Arbeit gehindert. Auch digitale Plattformen, über die auf verschiedene Inhalte zugegriffen werden kann, sehen sich zunehmend Zensurversuchen durch autokratische Staaten ausgesetzt, was den traditionellen Medienhäusern den freien Informationsaustausch erschwert. Auch werden zunehmend Forderungen aus Teilen der Gesellschaft laut, Inhalte einzuschränken.
11. In Russland sind unabhängige Journalistinnen und Journalisten sowie Medienhäuser schon lange Repressalien ausgesetzt und nun werden die Personen, die über den Krieg in der Ukraine berichten, mit Zensur belegt, unterdrückt, bedroht oder zur Schließung ihrer Medienhäuser gezwungen. Schon vielfach wurde in den Medien von Entführungen von Journalistinnen und Journalisten, Lokalpolitikerinnen und -politikern, führenden Personen aus der Zivilgesellschaft und anderen Personen berichtet. Auch gab es Berichte über gezielte Angriffe auf unabhängige ukrainische Medien durch russische Kräfte.
12. Die Unterdrückung kritischer und gegensätzlicher Meinungen und Bedrohungen von Journalistinnen und Journalisten finden jedoch nicht nur in Russland statt. Weltweit sehen sich Journalistinnen und Journalisten aufgrund ihrer Arbeit mit Übergriffen und Gewalt konfrontiert und wird die Pressefreiheit sowohl online als auch offline eingeschränkt. Laut Reporter ohne Grenzen waren im vergangenen Jahr über 400 Journalistinnen, Journalisten, Medienschaffende, Bloggerinnen und Blogger in Haft und über 40 mussten ihre Arbeit mit dem Leben bezahlen. In der Ukraine wurden

seit Beginn der groß angelegten russischen Invasion mindestens 12 Journalistinnen und Journalisten getötet<sup>1</sup>.

13. Diese erschreckenden Beispiele zeigen: Der Schutz einer freien, unabhängigen und pluralistischen Medienlandschaft bedeutet zuvorderst, dass Journalisten und dabei vor allem Journalistinnen sowie Angehörige marginalisierter Gruppen geschützt werden müssen.
14. Dies erfordert einen ganzheitlichen Ansatz, der sowohl selbstkritisch ist als auch die Bereitschaft zur partnerschaftlichen Unterstützung von und Zusammenarbeit mit Ländern weltweit umfasst. Die Verhinderung von Übergriffen auf Journalistinnen und Journalisten beruht auch auf den allgemeinen Rahmenbedingungen, unter denen Medienhäuser, soziale Medien und Technologieplattformen arbeiten.

#### **Unabhängigkeit der Medien und wirtschaftliche Rahmenbedingungen**

15. Medienhäuser sind Unternehmen, die redaktionelle Inhalte zur Information der Öffentlichkeit untersuchen, verbreiten und über sie berichten und den Menschen so dabei helfen, sich eine Meinung zu bilden. Damit tragen sie maßgeblich zu einer funktionsfähigen Demokratie bei. Diese Unternehmen sollten sich auch bemühen, um zu gewährleisten, dass die Öffentlichkeit Zugang zu verlässlichen Informationen und vielfältigen Perspektiven hat. Wir befürworten daher unabhängige und transparente Standards, die von einzelnen Unternehmen oder der Branche selbst entwickelt werden (Selbstregulierung), damit sichergestellt werden kann, dass Medienunternehmen ihrer Verantwortung gegenüber ihrem Zielpublikum langfristig gerecht werden.
16. Auch dem Staat kommt bei der Erhaltung von Rahmenbedingungen für die erfolgreiche Arbeit unabhängiger Medienhäuser eine zentrale Rolle zu. Wir möchten ein optimales Umfeld für eine wirtschaftlich nachhaltige und krisenfeste Medienbranche fördern, um langfristig eine pluralistische Medienlandschaft zu bewahren. Jegliche staatliche Förderung, Subventionierung oder staatliche Werbung sollte dabei auf Grundlage transparenter Kriterien vergeben werden, die zu keinen unmittelbaren oder mittelbaren staatlichen Eingriffen bzw. zu keiner sonstigen politischen Einflussnahme auf redaktionell unabhängige Medien führen.
17. Angesichts der zunehmenden Macht staatlich kontrollierter Medienstrukturen in verschiedenen Ländern der Welt ist es zwingend erforderlich, dass wir weiterhin gegen staatlich unterstützte Informationsmanipulation und staatliche Einflussnahme

---

<sup>1</sup> Nach Angaben der Plattform des Europarates für den Schutz des Journalismus und für die Förderung der Sicherheit von Journalisten, Stand: 6. Juni 2022

beispielsweise durch Desinformationen kämpfen und die Medien- und Meinungsfreiheit konsequent verteidigen. Das Gebot der Staatsferne in der redaktionellen Arbeit unabhängiger Medien einschließlich öffentlich-rechtlicher Medien ist hierbei ein Grundprinzip und muss durch rechtliche und regulatorische Schutzmaßnahmen sichergestellt werden. Dazu zählen z. B. Vorschriften zur Transparenz über ausländische Investitionen und Beteiligung an Medienunternehmen.

### Technologische Rahmenbedingungen und Medienkonvergenz

18. Die Konvergenz der Medien sowie neue Formen der Kommunikation und der Meinungsbildung haben die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Medien grundlegend verändert. Gleichzeitig besteht der Bedarf an vertrauenswürdigen Journalismus, an freier und unabhängiger Berichterstattung und an einem ungehinderten Zugang zu objektiven Informationen aus zuverlässigen und pluralistischen Quellen weiterhin und weltweit fort.
19. Die Globalisierung, der ungehinderte Zugang zu faktenbasierten Informationen sowohl online als auch offline und die Digitalisierung haben ein Medioumfeld geschaffen, in dem der grenzüberschreitende Zugang zu Medieninhalten und -diensten möglich ist. Die Verfügbarkeit von Informationen und Kommunikationsräumen ist nicht mehr an Landesgrenzen gebunden. Heutzutage können wir unmittelbar mit Menschen auf der ganzen Welt in Austausch treten und uns eine nie dagewesene Fülle an ungefilterten Eindrücken aus erster Hand und unterschiedlichsten Perspektiven verschaffen. Dies ermöglicht es den Menschen, verschiedenste Ansichten kennenzulernen und ein Verständnis für andere Teile der Welt zu entwickeln; darüber hinaus können so weltweit Verbindungen geknüpft werden.
20. Der Wettbewerb um die Aufmerksamkeit der Nutzerinnen und Nutzer und um die Deutungshoheit über aktuelle Geschehnisse findet nicht mehr nur auf lokaler und regionaler Ebene, sondern auch auf internationaler Ebene statt. Dies zeigt, wie wichtig es ist, die Herausforderungen des digitalen Ökosystems ganzheitlich und zusammen mit anderen Staaten und allen interessierten Akteurinnen und Akteuren anzugehen, um so auf eine gemeinsame Vision hinzuarbeiten.
21. Digitale Plattformen spielen in diesem digitalen Ökosystem und im Meinungsbildungsprozess im Internet eine immer bedeutendere Rolle. Diese Privatunternehmen verfügen über einen starken Einfluss auf den Zugang zu und die Sichtbarkeit von Medieninhalten und dominieren den Werbemarkt.

22. Das Internet und digitale Technologien ermöglichen Innovationen und einen freien und offenen Austausch von Meinungen und Ideen und sorgen für noch nie dagewesene Möglichkeiten der Teilhabe am öffentlichen und gesellschaftlichen Diskurs.
23. Um die Chancen der Digitalisierung jedoch vollumfänglich zu ergreifen, sollten wir uns auch mit den möglichen Risiken befassen. An dieser Stelle weisen wir erneut darauf hin, dass vor allem denjenigen Akteurinnen und Akteuren begegnet werden muss, die durch die Einschränkung des Zugangs zu unabhängigen Informationsquellen die Freiheit und Demokratie bedrohen, den Pluralismus unterbinden, Informationen manipulieren und Desinformationen verbreiten, um Zweifel, Misstrauen und Hass zu säen. Gleichzeitig hat der Missbrauch sozialer Medien und anderer digitaler Technologien neue Formen und Ausprägungen der Gewalt hervorgerufen. So haben der Umfang, die Verbreitungsgeschwindigkeit und die Reichweite bereits bestehender Formen der geschlechterspezifischen Gewalt zugenommen.
24. Wir empfehlen digitalen Plattformen dringend, entsprechend den Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte verantwortungsvoll auf Situationen zu reagieren, in denen Algorithmen potenziell Inhalte bevorzugen, die unmittelbar Gewalt fördern oder anderweitig gegen die Nutzungsbedingungen und Richtlinien der Plattformen verstoßen, und diese zu verhindern.
25. Wir werden den Zugang zu einer Vielzahl an Informationsquellen und Perspektiven fördern, um einen pluralistischen, lebendigen, demokratischen Diskurs und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen; gleichzeitig werden wir einen sicheren öffentlichen Kommunikationsraum unterstützen und sicherstellen, dass die Menschen freien Zugang zu unabhängigen, faktenbasierten und vertrauenswürdigen Informationsquellen haben – sowohl offline als auch online.
26. Wir haben uns daher intensiv über Fragen der Medienpolitik im und außerhalb des Internets ausgetauscht, insbesondere über den Zugang zu und die Verfügbarkeit von vertrauenswürdigen Informationen, Diskriminierungsfreiheit, Chancengleichheit, Transparenz und Autonomie der Nutzerinnen und Nutzer. Des Weiteren haben wir darüber gesprochen, dass Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung sowohl online als auch offline geachtet werden müssen und wie dem auf Marktmacht basierenden Einfluss bestimmter Meinungen begegnet werden kann.
27. Neben den traditionellen Medien kommt auch zivilgesellschaftlichen Initiativen eine Schlüsselrolle in einer lebendigen Demokratie zu, denn sie tragen entscheidend dazu bei, dass sich die Menschen eine eigene Meinung bilden können. Sie schaffen insbesondere für marginalisierte Gruppen neue Möglichkeiten der Teilhabe, fördern

die öffentliche Meinungsbildung und bringen neue Medienformate hervor. Sie klären Menschen auf, sensibilisieren sie, tragen zur Stärkung der Medienkompetenz bei und schaffen Vertrauen in Demokratie und die Medien.

### Schlussfolgerungen für die internationale Medienpolitik

28. Wir haben uns daher dazu verpflichtet, in den kommenden Jahren vor allem in folgenden Bereichen verstärkt zusammenzuarbeiten:

#### **A. Unterstützung der Medienfreiheit**

##### **Wir verpflichten uns dazu,**

- einen gegenseitigen Austausch über marktorientierte politische Ansätze zu fördern, die die Wettbewerbsbedingungen zwischen marktbeherrschenden digitalen Plattformen und Nachrichtenunternehmen angleichen und Verhandlungen über den Gesamtwert der von Journalistinnen und Journalisten erstellten Nachrichteninhalte ermöglichen sollen,
- die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um die Freiheit, die Unabhängigkeit und den Pluralismus der Medien zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die Medienmärkte reibungslos funktionieren und eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung der Medien ermöglichen,
- zur Unterstützung der Nachhaltigkeit, Innovationsfähigkeit und Digitalisierung der Medienbranche beizutragen, weshalb wir die Umsetzung der auf dem Gipfel für Demokratie eingegangenen Verpflichtungen zur Stärkung der Nachhaltigkeit und Krisenfestigkeit unabhängiger Medien begrüßen und alle beteiligten Akteurinnen und Akteure – Regierungen, Wohltätigkeitsorganisationen und die Privatwirtschaft – ermutigen, hier noch mehr zu tun,
- eine Einigung darüber zu erzielen, wie der Manipulation von Informationen und der Einflussnahme u. a. durch die Bekämpfung von Propaganda und Desinformation aktiv begegnet werden kann und wie gleichzeitig unter Wahrung der Menschenrechte Maßnahmen ergriffen werden können, damit weiterhin weltweit kritische und abweichende Meinungen Gehör finden,
- gegen staatliche Zensur, Störungen von Netzwerkverbindungen und Verbote der freien Presse vorzugehen und gleichzeitig die wichtige Rolle unabhängiger Medien zu stärken,
- Möglichkeiten zur Verbesserung des Zugangs zu und der Verfügbarkeit von unterschiedlichsten zuverlässigen Informationsquellen unter Sicherstellung der Grundprinzipien der Diskriminierungsfreiheit, Chancengleichheit, Transparenz und Autonomie der Nutzerinnen und Nutzer zu erörtern



(beispielsweise in dem von Kanada initiierten internationalen Multi-Stakeholder-Forum zur Vielfalt von Internetinhalten „Diversity of Content Online),

- die Transparenz und Bereitstellung sicherer Dienstleistungen digitaler Plattformen zu unterstützen, die Achtung der Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit zu fördern und Online-Plattformen dazu zu ermutigen, eine gerechte digitale Umgebung zu schaffen, in der die Menschen- und Grundrechte und insbesondere das Recht auf freie Meinungsäußerung geachtet werden. Auch verpflichten wir uns dazu, Online-Plattformen dazu ermutigen, Medienfreiheit und -pluralismus zu unterstützen,
- bestehende Initiativen zur Förderung von Medienfreiheit und -pluralismus (z. B. die „Media Freedom Coalition“ (Koalition für die Freiheit der Medien), die von Kanada initiierte Initiative „Diversity of Content online“ (Vielfalt von Internetinhalten), Initiativen der UNESCO, der Media Pluralism Monitor, die „Freedom Online Coalition“ (Koalition für ein freies Internet) und die Erklärung zur Zukunft des Internets) voranzutreiben,
- bestehende Initiativen voranzutreiben, die die Zivilgesellschaft, Faktenprüferinnen und -prüfer und Forschende unterstützen, die sich der Aufdeckung von Bedrohungen durch Informationsmanipulation und Desinformation widmen und entsprechende Entwicklungen analysieren (z. B. die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien),
- Maßnahmen zur Koordinierung von Konzepten für die Verhinderung und Bekämpfung von Belästigungen und Beleidigungen im Internet sowie von technologiegestützter genderspezifischer Gewalt zu stärken und anzuerkennen, dass gezielte Belästigungen und Beleidigungen im Internet, die Frauen, Mädchen und Angehörige der LGBTIQI+-Community überproportional betreffen, die Fähigkeit der Betroffenen einschränken, ihr Recht auf freie Meinungsäußerung auszuüben. Wir verpflichten uns außerdem dazu, gemeinsam mit internationalen Partnerinnen und Partnern auf einen Konsens hinzuwirken und gemeinsame Maßnahmen zur Ermittlung der besten Daten zu fördern. Akteurinnen und Akteure müssen nachvollziehen können, welche Auswirkungen Richtlinien und Maßnahmen der Plattformen zum Umgang mit Falsch- und Desinformationen haben, z. B. durch die Initiative „Measuring Effective Interventions Framework“ (Rahmen für die Messung effektiver Maßnahmen) des Vereinigten Königreichs,
- den gegenseitigen Austausch zu stärken, um vorsätzliche Informationsmanipulationen unter dem Einfluss ausländischer Regierungen, die die Unabhängigkeit der Medien bedrohen, aufzudecken und ihnen entgegenzuwirken sowie Transparenz über die Beteiligung an Medienunternehmen zu fördern.



## **B. Schutz von Journalistinnen, Journalisten und Medienschaffenden**

Die aktuelle politische Lage vielerorts verdeutlicht, wie fragil Rechtsstaatlichkeit, Pressefreiheit und Menschenrechte wie das Recht auf freie Meinungsäußerung sind. In zahlreichen Ländern sehen sich unabhängige Medienschaffende, die ihre journalistische Tätigkeit nicht mehr ausüben können, gezwungen, ihr Land zu verlassen und ihre Arbeit aus dem Exil fortzusetzen. Es gilt daher, als ein starkes Bündnis die Pressefreiheit weltweit zu verteidigen und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten und Medienschaffenden wirksam zu gewährleisten.

### **Wir verpflichten uns dazu,**

- weiterhin Programme fortzuentwickeln und voranzutreiben und an Aufnahmemöglichkeiten zur Unterstützung von in ihren Heimatländern bedrohten oder geflüchteten Journalistinnen, Journalisten und Medienschaffenden zu arbeiten, damit ihre Stimmen in der Heimat nicht verstummen. Wir begrüßen daher Deutschlands Initiative zur aktiven Unterstützung von Journalistinnen und Journalisten sowie anderen Verteidigerinnen und Verteidigern der freien Meinungsäußerung,
- bedrohte Journalistinnen und Journalisten sowie Medienschaffende entsprechend den Konzepten der jeweiligen Länder zu schützen und zu unterstützen und gleichzeitig die Stärkung von Organisationen zu berücksichtigen, die die Lage der Presse- und Medienfreiheit systematisch beobachten,
- unsere Vernetzung durch bestehende Initiativen wie der Media Freedom Coalition und dem „Global Media Defence Fund“ (Globaler Fonds zur Verteidigung der Medien, GMDF), die zum Schutz der Medienfreiheit und von Journalistinnen und Journalisten beitragen, zu intensivieren und gegen missbräuchliche Klagen gegen Journalistinnen und Journalisten sowie Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten, mit denen diese zum Schweigen gebracht werden sollen (sogenannte SLAPP-Klagen), vorgehen.

### **C. Zusammenarbeit und Einbindung der Zivilgesellschaft**

Freiheit, Pluralismus und Nachhaltigkeit sind die Werte, die uns den Weg in die Zukunft weisen sollten. Wir werden die zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure miteinander vernetzen, konkrete Initiativen voranbringen und so die multilaterale Ordnung stärken, um Frieden herzustellen und zu bewahren. Offene, demokratische Kommunikationsräume im und außerhalb des Internets zum Austausch und zur Diskussion von Ideen, Projekten und Visionen des demokratischen Miteinanders müssen bewahrt werden.

#### **Wir unterstützen all diejenigen, die für die Demokratie eintreten, indem wir**

- die Arbeit internationaler Initiativen und Mechanismen wie die der OECD zur Wiederherstellung von Vertrauen und Stärkung der Demokratie und die Partnerschaft für Information und Demokratie anerkennen,
- unser Bekenntnis zu bestehende Einrichtungen wie der Europäischen Audiovisuellen Informationsstelle, die wichtige Informationsquellen für die Medienpolitik sind, bekräftigen,
- zusammenarbeiten, um uns der politisch motivierten Einstellung von Internetdiensten und Internetbeschränkungen entgegenzusetzen,
- Initiativen begrüßen, die ein sicheres Informationsumfeld, Medien- und Informationskompetenz und vertrauenswürdigen Journalismus fördern, wie die Initiative „Democracy Newsroom“ (Nachrichtenredaktion Demokratie),
- Initiativen fördern, die zu einer funktionsfähigen, vielfältigen und unabhängigen Medienbranche beitragen, und u. a. durch zusätzliche Kooperationen zur Unterstützung und Erhaltung unabhängiger Medien von öffentlichem Interesse Innovationen und Digitalisierung unterstützen,
- Medieninitiativen begrüßen, die es dem unabhängigen Journalismus ermöglichen, weiterhin auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene als Hüter der Demokratie zu fungieren und zum öffentlichen Diskurs beizutragen,
- die Initiative „Transparency and freedom of opinion – Crisis resilience of media“ (Transparenz und Medienfreiheit – Krisenresilienz der Medien) fördern,
- die von Kanada initiierten internationalen Leitprinzipien für vielfältige Internetinhalte begrüßen, die in Zusammenarbeit mit Arbeitsgruppen mit mehreren Beteiligten aus anderen Ländern, der Zivilgesellschaft sowie Partnerinnen und Partnern aus der Branche entwickelt wurden,
- die Entwicklung von Medienkompetenzkursen für alle Generationen unterstützen, um die Menschen dazu zu befähigen, eindeutig zwischen faktenbasierten Informationen und Desinformationen zu unterscheiden und zu verstehen, wie Manipulationstaktiken online und offline eingesetzt werden

können und dass Journalismus ein unverzichtbarer Bestandteil der gegenseitigen Kontrolle in demokratischen Gesellschaften ist.

#### **D. Initiierung von Arbeitsprozessen / nächste Schritte**

Wir wollen Medienpolitik daher noch stärker als demokratierelevantes Arbeitsfeld auf internationaler Ebene verankern. In Abstimmung mit bereits bestehenden Initiativen und Formaten, insbesondere dem Abwehrsystem „G7 Rapid Response Mechanism“ (RRM), möchten wir erstmals ein Forum für einen verstärkten Dialog auf G7-Ebene schaffen, der der weltweiten Zusammenarbeit bedarf. Es sollen Fragestellungen der internationalen digitalen und analogen Medien behandelt sowie Lösungsansätze und gemeinschaftliche Konzepte entwickelt werden.

#### **Um diese Ziele zu erreichen, verpflichten wir uns dazu,**

- in Fragen der Verbreitung von Inhalten und Informationen unter Gesichtspunkten der Sicherheit, Menschenrechte, Technologie und Medienpolitik weiterhin eng zusammenzuarbeiten und einen gemeinsamen Ansatz zur Unterstützung der Medienfreiheit und des Medienpluralismus zu verfolgen,
- einen Folgeprozess einzuleiten, um die zuvor genannten Ziele zu erreichen,
- die Beiträge internationaler Expertinnen und Experten zum Thema Medienfreiheit in staatlichen Entscheidungsprozessen sowie die Beiträge aus Foren wie der EU, dem Europarat, der OSZE und den Vereinten Nationen zu begrüßen,
- aktiv Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit internationalen Verbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen bei aktuellen medienpolitischen Fragestellungen zu nutzen.